oder Ergänzungen abgegeben werden. Erst danach sollten wir in eine spontane Fragerunde eintreten.

Ich darf jetzt zunächst Herrn Professor Dr. Dieter Mahncke bitten, von hier vorne sein Referat zu halten. Professor Dr. Mahncke ist ein alter Berlin-Kenner; „alt“ meine ich nicht vom Alter, sondern vom Fachlichen her gesehen. Er hat sich durch viele Artikel und Schriften zum Thema Berlin ausgezeichnet. Er ist jetzt stellvertretender Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung.

Prof. Dr. Dieter Mahncke: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Abgesehen davon, daß ich ein „alter Berlin-Kenner“ bin, muß ich natürlich erwähnen, daß meine Mutter Berlinerin ist, so daß ich sogar genetisch belastet bin.

Meine Damen und Herren, da Ihnen ein umfangreiches Gutachten zu meinem Thema, außerdem eine Zusammenfassung in Thesenform vorliegt (s. Seite 1766 ff.), hoffe ich, der Bitte entsprechen zu können, mich kurzzufassen.

Thematisch gehe ich in etwa so vor, wie es in meinen Thesen enthalten ist. Ich fange also mit dem Rechtsstatus an und komme dann zu der Integration der Stadtfragmente usw.

Zum Rechtsstatus. Im November 1958, mit Beginn der zweiten Berlin-Krise, kündigte die Sowjetunion mit ihren Noten die sogenannten Londoner Protokolle, die im September und November 1944 in London abgefaßt wurden, und zwar auf Grund einer Initiative des damaligen britischen Außenministers Anthony Eden auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1943. Ich erwähne das nur, weil es ganz interessant ist, zu welch frühem Zeitpunkt die Alliierten schon mit der Niederlage Deutschlands rechneten.

Die Sowjetunion kündigte diese Protokolle und erklärte, damit sei die Rechtsgrundlage für die Präsenz der Westmächte entfallen.

Wie Sie wissen, sahen die Londoner Protokolle die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen vor. Ebenfalls wurde ein besonderes Berliner Gebiet vorgesehen, das in Sektoren eingeteilt wurde. Ferner wurden die Berliner Kommandantur und der Alliierte Kontrollrat vorgesehen.

Der wesentliche, hier zu nennende Aspekt – der vielfach nicht gesehen wird – ist, daß die Londoner Protokolle *nicht* die entscheidende Rechtsgrundlage für die Situation in Berlin waren. Die entscheidende Rechtsgrundlage war das Besatzungsrecht, das ein Rechtsverhältnis zwischen dem Besetzer und der besetzten Bevölkerung geschaffen hatte. Es war ein originäres Recht, d. h. es beruhte allein auf dem Faktum der Besetzung und auf einem bestehenden Kriegszustand. Das war zugleich eine der Schwächen dieser Rechtsposition: Denn wie lange konnte man diesen Kriegszustand als weiterhin bestehend betrachten?

Aber die Alliierten waren nicht von irgendeinem Abkommen abhängig –

das ist entscheidend –, auch nicht von dem Londoner Protokoll. Sie waren ebenfalls nicht abhängig von der Frage – das war die westliche Auffassung –, wer das Gebiet zuerst besetzt hatte. Hier gab es die sowjetische Argumentation, die Sowjetunion habe Berlin zuerst besetzt und habe das Besatzungsrecht sozusagen als Konzession den Westmächten gegeben. All dies war nach westlicher Auffassung nicht der Fall. Die Londoner Protokolle, die zeitlich vor der Besetzung liegen, setzten die Besetzung voraus. Ohne Besetzung Berlins wären die Londoner Protokolle gegenstandslos gewesen. Auch das zeigt, daß das Besatzungsrecht das Entscheidende war. Dieses war es auch, worauf sich der Westen während der zweiten Berlin-Krise ebenso wie davor und danach immer wieder berufen hat.

Die erste Schlußfolgerung ist somit: Ganz Berlin wurde ein getrenntes Besatzungsgebiet. Das läßt sich auch an den Karten nachweisen, die anläßlich der Unterzeichnung der Londoner Protokolle mit paraphiert wurden. Berlin war also ein getrenntes Gebiet. Es war niemals Teil der sowjetischen Besatzungszone, infolgedessen auch nicht Teil der späteren DDR. (Während der zweiten Berlin-Krise wurde in den Noten von November 1958 auch gesagt, daß Berlin auf dem Territorium im Hoheitsgebiet der DDR liege.)

Die zweite Schlußfolgerung, die Tatsache, daß die Besatzungsrechte originäre Rechte waren, bedeutete, daß jeder zwar für sich Besatzungsrechte aufgeben konnte, aber er konnte nicht die Besatzungsrechte der anderen berühren. Das heißt, Besatzungsrechte konnten nur gemeinsam, wie es dann 1990 auch geschehen ist, verändert werden.

Die dritte Schlußfolgerung besteht darin, daß diese Position von seiten der Westmächte konsequent, konstant – auch gegenüber gelegentlichen „Nageversuchen“ – seitens der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und schließlich bestätigt wurde. Das war tendenziell schon 1971 so, und zwar trotz der Differenzen, die es damals hinsichtlich der Rechtsposition gab, und dann natürlich 1990.

Ich finde, das festzustellen ist wichtig, und zwar nicht etwa aus einem Gefühl heraus, wir hätten Recht gehabt, sondern einfach um gelegentlich daran zu erinnern, daß das Anpassungsvermögen zwar eine politische Tugend ist, daß aber gelegentlich auch Beharrungsvermögen dazugehört.

Trotz der Tatsache der Besatzung wurden im Laufe der Zeit beide Stadtfragmente weitgehend in ihre jeweiligen Teilstaaten integriert. Dabei hat es einen wichtigen Unterschied und eine wichtige Gemeinsamkeit gegeben. Der Unterschied war, daß die Sowjetunion der DDR erlaubte, die Eingliederung auch formal vorzunehmen. Ost-Berlin durfte sich „Hauptstadt der DDR“ nennen. Dabei fand ich es immer amüsant, daß das fast zu einem Wort wurde. Man sprach sozusagen von „Berlin-Hauptstadtder-DDR“ in einem Wort. Das zeigte die wirkliche Unsicherheit an.

Aber es durften zunehmend auch die Residuen des Viermächtestatus abgebaut

werden. Im Jahr 1979 betraf das z. B. das Verordnungsblatt, das immer noch DDR-Gesetze für Berlin getrennt ankündigte. Zu nennen ist auch die Direktwahl der Abgeordneten, die 1981 kam. Auch der Rückzug der sowjetischen Truppen und die Ernennung eines Stadtkommandanten der DDR in Ost-Berlin gehörten dazu.

Interessant ist der Vergleich mit West-Berlin bezüglich der Wehrpflicht. Man erinnert sich sicher, daß eine Art, der Wehrpflicht in der Bundesrepublik zu entgehen, in der Übersiedlung nach West-Berlin bestand. Solches war in Ost-Berlin nicht möglich.

Die Westmächte betonten diesen Rechtsstatus. Sie wollten sich keine Blöße in einer geographisch prekären Lage geben. Sie wollten den Rechtsstatus, auf dem ihre Position beruhte, auf jeden Fall aufrechterhalten. Und sie wollten auch keinen Vorwand für eine Infragestellung dieses Rechtsstatus liefern. All dies wurde der Bundesrepublik Deutschland gegenüber stärker betont. Hier wurden Residuen aufrechterhalten. Sie erinnern sich an die Wahl der Berliner Abgeordneten, an die Mantelgesetze usw. Ganz deutlich ist, daß die Bundesrepublik Deutschland dies in der Anfangszeit nach dem Kriege auch akzeptiert und auch so gesehen hatte.

In den 50er Jahren gab es dann eine gewisse Entwicklung, die dies gelegentlich in Frage stellte. Ich skizziere das hier nur ganz kurz. Wir hatten bei dem Scheitern der Genfer Konferenz 1955 das Gefühl, die Teilung verfestige sich. Vor allem in Westdeutschland und überhaupt im Westen hatte man das Gefühl, man müsse etwas tun, um hier ein Zeichen zu setzen.

Als eine Folge gab es 1957 den berühmten Vorstoß des damaligen Hamburger CDU-Abgeordneten Bucerius, in dem er forderte, den Regierungssitz nach Berlin zu verlegen. Das ist von der Bundesregierung, auch von Adenauer, wegen der fehlenden Souveränität in Berlin abgelehnt worden. Aber als Ergebnis kam eine Entscheidung zustande – ich glaube, das war Februar 1957 –, wonach Berlin sukzessive auf die Hauptstadtfunktion vorbereitet werden sollte. Damit begann der intensivierte Aufbau einer Bundespräsenz in Berlin. Ich erinnere an den zweiten Sitz des Bundespräsidenten und anderes mehr.

Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1957, in dem erklärt wurde: Berlin sei ein Land der Bundesrepublik Deutschland, gehört in diese Zeit.

Ich selber habe stets argumentiert, daß dieses Urteil rechtlich unzutreffend war. Es war aber in der politischen Situation verständlich. Es sollte sozusagen ein Zeichen setzen und eine Perspektive geben.

Man sollte dies im Auge behalten, wenn man die zweite Berlin-Krise betrachtet. Denn man kann natürlich sagen: Von sowjetischer und von der DDR-Seite war das Gefühl vorhanden, man müsse dieser Bewegung etwas

entgegensetzen oder ihr Einhalt gebieten. Es ist durchaus möglich, daß dies insgesamt in der politischen Landschaft während der zweiten Berlinkrise eine Rolle gespielt hat.

Ich streife ganz kurz eine Gemeinsamkeit. In beiden Teilen Berlins behielten – trotz der Unterschiede – die Besatzungsmächte das letzte Wort. Darauf wurde von seiten der Westmächte bzw. der USA auch großer Wert gelegt. Denn sie hatten hier ein hohes Engagement in einer geographisch prekären Lage. Deswegen legten sie Wert darauf, tatsächlich das letzte Wort zu haben, was übrigens auch in innenpolitischer Hinsicht in den Vereinigten Staaten eine Rolle spielte. Man mußte innenpolitisch dieses als gefährlich betrachtete und gelegentlich auch tatsächlich gefährliche Engagement begründen. Dazu war es wichtig, einmal die Rechtsgrundlage und zum anderen die Kontrolle im Auge zu haben.

Ich komme zur Politik von Sowjetunion und DDR. Vor allen Dingen in der amerikanischen Literatur ist viel darüber diskutiert worden, ob Berlin nun eher ein Hebel oder ein „prize“, also eine angestrebte „Beute“, gewesen sei. Sicherlich ist es zu unterschiedlichen Zeiten von beidem etwas gewesen. Es war aber vor allen Dingen stets ein Störfaktor, ein Element der Destabilisierung der DDR. Das stand im Vordergrund. Es war das Symbol der unvollendeten Teilung. Es war bis zum Bau der Mauer 1961 das Schaufenster, aber auch danach doch noch eine Alternative. Und es war bis 1961 natürlich auch der Fluchtweg.

Welches waren nun die Ziele? Das erste Ziel war ein Hinausdrängen der Westmächte. In der Blockade und auch in der zweiten Berlin-Krise war das ganz deutlich zu erkennen. Später hat sich das dann verändert; da spielte es nur noch indirekt eine Rolle.

Man bemühte sich zumindest um eine Neutralisierung dieses „Destabilisationselements“. Das heißt, es kam in der zweiten Berlin-Krise zu einem Übergang von der geforderten „freien“ Stadt zu Bemühungen um eine Eliminierung der „westlichen Wühltätigkeit“ (auch dies wurde ja als Argument verwendet).

Als es schließlich gar nicht mehr anders ging, kam es zum Bau der Mauer. Das war ein Ereignis, das aus der Sicht der SED zunächst uneingeschränkt erfolgreich war. Es hat den Flüchtlingsstrom, der gewaltig angewachsen war – zuletzt kamen pro Tag über 2000 Menschen –, gestoppt.

Es hat aber auch eine gewisse Stabilisierung stattgefunden. Ein wirtschaftlicher Aufschwung war zu verzeichnen. Und es stellte sich auch eine Veränderung in der Bevölkerung ein; zum Teil war es Resignation, vielleicht ein Sichabfinden, jedenfalls ein Sicheinrichten. Chruschtschow beschreibt in seinen Erinnerungen recht gut, wie Ulbricht ihm erklärt habe, daß dies doch alles sehr wirkungsvoll gewesen sei.

Ich nenne ein drittes Ziel: die Einverleibung. Es wurden verschiedene Wege

überlegt, wie man Gesamt-Berlin in die DDR einverleiben könnte. Das zeigen verschiedene Dokumente, die ich auch in meinem Gutachten zitiere, etwa ein Brief Chruschtschows an Ulbricht, in dem auf einen zu machenden gemeinsamen Plan hingewiesen wird. (Gewiß war es auch als Trost nach dem Bau der Mauer gedacht. Es gab keinen Friedensvertrag, obwohl er der DDR versprochen worden war.)

Ich finde das Argument nicht überzeugend, Sowjetunion und DDR hätten Berlin benutzt, um eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr zu verhindern, oder das Argument, man habe eine Aggression erwartet. (Ich nenne hier Adam Ulam, Hope M. Harrison, Jack M. Schick, die sich in diesem Sinne geäußert haben.) Ich habe bei meinen eigenen Recherchen in den Unterlagen des nationalen Verteidigungsrats dafür keine Begründung gefunden. Richtig ist, daß diese Argumente wiederholt in öffentlichen Äußerungen benutzt wurden, aber in den internen Diskussionen spielten sie überhaupt keine Rolle, auch nicht in den Verhandlungen, weder bei Chruschtschow und Kennedy in Wien noch bei anderen Gelegenheiten. Es ist nie gesagt worden: Das Entscheidende für uns ist, daß ihr die – angebliche – Bewaffnung der Bundeswehr mit Nuklearwaffen unterbrecht.

Es hat auch eine intensive Debatte über den Spielraum zwischen Sowjetunion und DDR gegeben. Dazu hat etwa Hope Harrison in einer auf Recherchen in Moskauer und SED-Archiven basierenden Studie die These vertreten, daß es relativ viel Spielraum der DDR, insbesondere Ulbrichts, gegenüber der Sowjetunion gegeben habe. Ich finde die Argumentation von Harrison wie auch die Dokumente, die sie zitiert, nicht überzeugend. Auch bei meinen eigenen Recherchen habe ich nichts gefunden, was dies stützen könnte.

Es ist gewiß richtig, daß die DDR, daß Ulbricht gedrängt hat. Das aktuelle Problem in Berlin, die Destabilisierung, hat er stärker empfunden und gespürt. Aber das letzte Wort hatte immer die Sowjetunion. Ferner sollte man erkennen, daß letztlich beide dasselbe Ziel hatten, nämlich die Stabilisierung der DDR, die Stabilisierung des westlichen Vorpostens der Sowjetunion. Wenn es aber keine signifikanten Differenzen gibt, dann ist es sehr schwierig, das relative Gewicht und den relativen Einfluß beider Seiten zu ermessen.

Meiner Meinung nach hat Ulbricht also eine drängende Rolle gespielt. Es war auch eine fordernde Rolle. Aber er hat weniger Spielraum gehabt, als manche meinen. Er hat auf jeden Fall Chruschtschow zu nichts gezwungen, von dem dieser nicht überzeugt war.

Ich will hier ein prägnantes Beispiel für das Machtverhältnis nennen. Anläßlich der Sperrung der Autobahn durch Manöver im Jahr 1965, als der Bundestag in Berlin zusammentrat, schrieb der damalige Verteidigungsminister der souveränen DDR, Armeegeneral Hoffmann, an Erich Honecker einen Brief, in dem es sinngemäß hieß: Hiermit, werter Genosse, teile ich Dir mit, daß mir der Genosse Marschall der Sowjetunion Gretschko folgendes bezüglich der

Sperrung der Autobahnen nach Berlin befohlen hat... Davon war ich frappiert. Es hieß wirklich: „befohlen hat“. Und dann sagte er genau, was die NVA während dieser Ereignisse alles zu tun habe. Dabei ging aus den Dokumenten auch ganz deutlich hervor, worauf es ankam: Behinderung des Zugangs auf den Autobahnen.

Ein kurzes Wort zur Mauer. Die Unterlagen des Ministeriums für Nationale Verteidigung zeigen ohne Zweifel, daß es um Flüchtlinge ging, daß es nicht primär um „Wühltätigkeit des Westens“ und all diese Dinge ging, die öffentlich genannt wurden, es sei denn, „Wühltätigkeit“ wäre ein anderes Wort für Abwerbung. Aber in den internen Gesprächen wird viel klarer und direkter gesprochen. Da war ganz klar: Es ging nur um Flüchtlinge, die von Osten nach Westen gingen.

Ich möchte aus einem Dokument etwas vorlesen, das mich beeindruckt hat und für mich so nahe an einen Schießbefehl herankommt, wie man ihn sich vorstellen könnte; ich weiß nicht, was unsere Staatsanwaltschaften da noch suchen. Im Benutzerverzeichnis habe ich gesehen, daß in demselben Archiv auch die Staatsanwaltschaft Berlin gewesen ist.

(Abg. Prof Dr. Soell (SPD): In Kompaniestärke!)

– Ja, in Kompaniestärke.

Lassen Sie mich hier zwei Zitate bringen. Am 22. August 1961 wurde folgendes beschlossen – ich zitiere –:

> „... daß durch Gruppen, Züge oder Kompanien schriftliche Erklärungen abgegeben werden, die beinhalten, daß sie voll verstanden haben, um was es geht, und daß jeder, der die Gesetze unserer Deutschen Demokratischen Republik verletzt, auch – wenn erforderlich – durch Anwendung der Waffe zur Ordnung gerufen wird.“

Noch deutlicher wird es dann ein Jahr später in einer Sitzung des Nationalen Verteidigungsrats vom 14. September 1962, in der festgestellt wurde, daß es immer noch zu durchschnittlich einem „Grenzdurchbruch“ pro Tag komme. Dann heißt es zur Ursache dafür:

> „Die politisch-ideologische Erziehungsarbeit mit den Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren ist noch nicht wirksam genug. Deshalb wurde noch nicht in jedem Fall erreicht, daß alle Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere erkennen, daß sie auf ihrem Posten in vollem Umfang für die Gewährleistung der Unantastbarkeit der Staatsgrenze in ihrem Abschnitt verantwortlich sind und Grenzverletzer in jedem Fall als Gegner gestellt, wenn notwendig, vernichtet werden müssen.“

Für mich ist das absolut klar.

Interessant ist, daß sich sehr viele Sitzungen des Nationalen Verteidigungsrats auch nach dem Bau der Mauer vor allen Dingen mit der Frage befassen, wie die Grenze weiter zu sichern war. So ist ein wiederholtes Thema, wie ein

freies Schußfeld zu gewährleisten war. Es ist interessant, womit die sich alles befaßt haben. Gelegentlich spielt da hohes Gras eine Rolle. Es wird gesagt, hohes Gras müsse gekürzt oder abgeschnitten werden, damit man ein freies Schußfeld habe.

Zur Politik des Westens nur einige Worte. Ich glaube, der Westen hatte zwei Ziele. Das eine war die Lebensfähigkeit West-Berlins. Dazu gehörten der Zugang und die westliche Präsenz. Zusammen sind das die drei Essentials, die während der zweiten Berlin-Krise – ich glaube, ursprünglich von Dean Acheson – genannt bzw. entwickelt wurden und die dann auch von Kennedy und dem NATO-Rat aufgegriffen wurden.

Es ging um Lebensfähigkeit, um Zugang und um westliche Präsenz. Dazu gehörte die gewissenhafte Beachtung des Viermächtestatus. Wie schon gesagt, spielte dies auch innenpolitisch eine Rolle bei den Westmächten. (Es ist allerdings etwas bedrückend, dazu Macmillan zu lesen, der für diese Dinge als einer der Vertreter der drei Westmächte während der Berlin-Krise wenig Verständnis hatte.)

Das zweite Interesse bestand darin, es möglichst nicht zu einer großen Krise in Berlin kommen zu lassen. Das war besonders deutlich bei Macmillan erkennbar. Er war im Grunde bereit, Berlin während der zweiten Berlin-Krise mehr oder weniger aufzugeben. De Gaulle hingegen hat, wie wir wissen, eine sehr starke, sehr harte Position vertreten. Allerdings gibt es Hinweise, er habe das deswegen getan, weil er hinterher im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft einiges einfordern wollte, was er dann auch getan hat.

In den Vereinigten Staaten hat es – wie so häufig – mehrere Denkschulen gegeben. Die eine gruppierte sich um Dean Acheson, den Kennedy gerufen hatte, um zur Berlin-Thematik ein Gutachten zu verfassen. Acheson hatte eine sehr harte Haltung. Er war der Auffassung: Es geht um die Glaubwürdigkeit des Westens; Chruschtschow wird erst dann nachgeben, wenn er erkennt, daß er hier einen nuklearen Krieg riskiert.

Das war die eine Denkschule. Sie hat Verhandlungen nicht ausgeschlossen, im Gegenteil, sie hat Verhandlungen sogar befürwortet. Aber es hieß: Erst wenn wir unsere Entschlossenheit, Berlin zu halten, ganz klargemacht haben, werden solche Verhandlungen sinnvoll.

Die andere Denkschule gruppierte sich um Adlai Stevenson, den mehrfach gescheiterten Präsidentschaftskandidaten, der dann amerikanischer Botschafter bei der UNO war, der vornehmlich Verhandlungen befürwortete, wie es auch die Gruppe um ihn herum tat.

Berlin war ein Symbol westlichen Engagements und westlicher Glaubwürdigkeit. In dieser Hinsicht kam es, wie wir alle wissen, nach dem Bau der Mauer zu einer gewissen Krise, weil sowohl in Berlin als auch in Deutschland

insgesamt das Gefühl bestand, daß der Westen hier etwas hätte unternehmen müssen, um die Mauer zu verhindern.

Dazu kann man Verschiedenes sagen. Einmal ist auffällig, daß die westlichen Verpflichtungen, während sie sich anfänglich immer recht ungenau auf „Berlin“ bezogen, im Laufe der Jahre und dann insbesondere vor der Berlin-Krise 1958 sowie während der Berlin-Krise ganz präzise auf West-Berlin beschränkt wurden, d. h. die drei Essentials galten für West-Berlin, nicht für das ganze Berlin.

Zweitens galt es darüber hinaus, alle westlichen Rechte, d. h. auch dort, wo sie sich auf ganz Berlin bezogen, zu wahren; ich nenne etwa die Freizügigkeit westlichen Militärpersonals mit der Krise am Checkpoint Charly im Oktober 1969. Das heißt, geschützt waren die drei Essentials für West-Berlin und die westlichen Rechte in ganz Berlin. Die Westmächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, waren bereit, dafür einen Krieg zu riskieren; das ist mehrfach gesagt worden, sowohl öffentlich als auch intern. Sie waren aber nicht bereit, einen Krieg für die Freizügigkeit in ganz Berlin zu riskieren.

Kurt Birrenbach schreibt in seinen Erinnerungen, daß in Amerika die Kritik in Deutschland gegenüber der Untätigkeit des Westens nicht richtig verstanden wurde. Denn man setzte sich doch für West-Berlin ein und war für West-Berlin sogar bereit, einen Nuklearkrieg zu riskieren. Außerdem muß man sagen, daß die Bundesregierung zwar eine sehr harte Haltung forderte, aber selber im militärischen Bereich äußerst zurückhaltend war. Nach dem Bau der Mauer ist dann einiges gefordert worden. Die Amerikaner hatten – ich erinnere an die Juli-Rede 1961 von Kennedy – weitere Verteidigungsvorbereitungen getroffen. Reservisten und Nationalgardeeinheiten wurden einberufen. Der Verteidigungshaushalt sollte um über 3 Milliarden DM erhöht werden. Zu diesem Zeitpunkt verlangten die Westalliierten von uns, daß wir die Wehrpflichtigen in der Bundesrepublik Deutschland nicht entlassen. Die Bundesregierung hat dem nicht entsprochen. Sie hat zwar Härte verlangt, aber wenn es darauf ankam, war sie auch recht zurückhaltend. So wurden lediglich einige Zeitsoldaten nicht entlassen.

Es kommt noch ein Punkt hinzu. Es ist immer gesagt worden, wenn der Westen etwas gemacht hätte, hätten die DDR und die Sowjetunion die Mauer hundert Meter weiter zurückversetzt bzw. entsprechend weiter hinten gebaut. Dazu muß man feststellen, daß die Mauer teilweise schon ziemlich weit auf Ost-Berliner Gebiet lag. Wenn man sich anhand der Karte den Verlauf der Mauer anguckt, erkennt man, daß beim Bau der Mauer 1961 darauf geachtet wurde, daß man damit deutlich auf Ost-Berliner Gebiet liegt.

Es hat 1965 oder 1966 einen Antrag des Verteidigungsministers gegeben, die Mauer zu begradigen und sie näher an die tatsächliche Grenze zu verlegen. Honecker hat das damals als nicht zweckmäßig abgelehnt.

Ich komme zum letzten Punkt, zu den Folgen.

Erstens: Die Mauer beendete die Krise. Es gab keinen direkten Bezug zu Kuba. Die Sowjetunion hat weder versucht, die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba zu nutzen, um Druck auf Berlin auszuüben, noch hat sie die Konzession, die Raketen zurückzuziehen, dazu genutzt, um in Berlin irgend etwas zu verlangen.

In Chruschtschows Erinnerungen kommt im Zusammenhang mit Kuba das Wort „Berlin“ kein einziges Mal vor.

Zweitens: 1964 erhielt die DDR einen Ersatzfriedensvertrag, in dem erklärt wurde, die Sowjetunion und die DDR betrachteten West-Berlin als selbständige politische Einheit, als ein besonderes politisches Gebilde. Das geschah vielleicht in der Hoffnung, daß sich dem nach und nach andere anschließen würden.

Danach gab es weiterhin Krisen, vor allem um die Bundespräsenz. Das ist die Änderung, die ich vorhin schon andeutete. Während in der Blockade und der zweiten Berlin-Krise die Westmächte direkt das Ziel des Druckes waren – Blockade mit Gewalt, dann mit diplomatischen Mitteln –, ließ man die Westmächte jetzt eigentlich außen vor und konzentrierte sich auf die Bundespräsenz. Die Hauptkrisen waren: 1965 Sitzung des Bundestages in Berlin, 1968 Einführung von Paß- und Visumzwang, 1969 Bundesversammlung mit Störungen vor allem auf den Zugangswegen. Das war für West-Berlin der verwundbarste Teil.

Dies verbesserte sich nach dem Vier-Mächte-Abkommen von 1971, in dem der Westen einige generelle Konzessionen in Richtung auf Akzeptierung des Status quo, Anerkennung der DDR und der Grenzen, in gewisser Weise eine faktische Akzeptierung der Zugehörigkeit Ost-Berlins zur DDR – das ist etwas, was ich kritisch gesehen habe, was, wie wir heute wissen, schließlich nicht so wichtig war – machte. Es waren allgemeine Konzessionen als Gegenleistungen für praktische Verbesserungen bezüglich West-Berlins, die, wie man feststellen muß, dann im wesentlichen auch eingehalten wurden.

Danach gab es keine großen Krisen mehr. Eine Politik der weiteren Trennung West-Berlins von der Bundesrepublik Deutschland wurde aber weiterhin verfolgt. Das betraf vor allem den außenpolitischen Bereich. In dem Viermächteabkommen von 1971 handelte es sich bei der außenpolitischen Vertretung West-Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland um eine „Kann-Formulierung“. Diese Kann-Formulierung wurde mit Ausnahme der Verträge, bei denen ein großes Interesse bestand – das waren die Wirtschaftsverträge –, immer zuungunsten West-Berlins ausgelegt. Es gab sehr viele Verträge, die lange auf Eis gelegen haben und wegen dieser Nichteinbeziehung Berlins nicht unterzeichnet werden konnten.

Die Situation im östlichen Sinne zu verändern blieb ein Ziel, das weiterhin bestand. Dazu gehört auch, den Viermächtestatus nach Möglichkeit irgendwie nur auf West-Berlin begrenzt zu definieren und Ost-Berlin natürlich weiterhin

zu integrieren. Aber es gab, wie gesagt, keine große Krise mehr. Die Sowjetunion hatte kein Interesse mehr daran, weil sich die Notwendigkeit, zum Westen Wirtschaftsbeziehungen anzuknüpfen und wirtschaftliche Hilfe vom Westen zu erhalten, immer mehr in den Vordergrund schob und weil die Sowjetunion ganz generell ein Interesse an Entspannungspolitik hatte. Das heißt, die Sowjetunion wollte sich selber als entspannungsfreundlich zeigen. Für die Sowjetunion war es z. B. während der Nachrüstungsdebatte Anfang der 80er Jahre relativ wichtig, daß sie sich entspannungsfreundlich zeigte. Aus all diesen Gründen bestand kein Interesse daran, es noch einmal zu einer großen Krise in Berlin kommen zu lassen. Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Herr Professor Mahncke, vielen Dank. Sie haben es verstanden, uns die Fülle des Materials so auszubreiten, daß Sie ein paar kritische, wichtige und auch historisch bedeutsame Punkte herausgegriffen haben. Das Manuskript, das Sie uns zur Verfügung gestellt haben, ist sehr umfangreich. Wir werden das alles im Detail nachlesen können.

Ich fand es sehr interessant, daß Sie deutlich gemacht haben, daß Sie selber Änderungen Ihrer Einschätzungen vorgenommen haben. Das finde ich gut, und das ist auch gerade für uns in der Enquete-Kommission sehr wichtig. Denn wir wollen ja aus den neuen Aktenfunden lernen, neue Erkenntnisse erfahren. Daher soll nicht nur das wiedergegeben werden, was über viele Jahrzehnte Allgemeingut gewesen ist.

Sie haben kritisch angemerkt, daß die Bundesregierung seinerzeit nicht militärisch eingegriffen hat und daß dies bei der Berlin-Krise auch die Alliierten nicht getan haben. Ich würde sagen: Gut, daß das nicht gemacht worden ist.

Sie haben allerdings nicht erwähnt – das darf ich hier erwähnen –, daß alle Bundesregierungen über die Jahrzehnte hinweg große finanzielle und wirtschaftliche Hilfen an West-Berlin gegeben haben und daß dies für West-Berlin – neben dem politischen und dem rechtlichen Status – die Lebensader gewesen ist. Das muß man hier noch einmal erwähnen. Vielleicht kommt es auch gleich in ergänzenden Bemerkungen noch zum Ausdruck.

Prof. Dr. Dieter Mahncke: Ich darf dazu noch ein Wort sagen. Ich habe keine kritische Anmerkung in dem Sinne gemacht, daß ich etwa kritisiert hätte, daß die Bundesregierung 1961 militärisch nichts getan habe. Ich habe nur gesagt: Es war zwar in der Bevölkerung sehr viel Kritik an den Amerikanern vorhanden. Aber die Amerikaner haben diese Kritik, wie Birrenbach in seinen Erinnerungen sagt, nicht so richtig verstanden, weil sie gesagt haben: Erstens engagieren wir uns doch für das, wofür wir uns verpflichtet haben; zweitens: was tut ihr denn? – Ich fand es schon richtig, wie sich die Bundesregierung verhalten hat, und auch für die Alliierten kam aus den in meinem Gutachten zitierten Gründen ein militärisches Eingreifen nicht in Frage. Weder Adenauer

noch Brandt, noch irgend jemand anderes hat damals gefordert, daß der Westen militärisch etwas unternehmen soll. Ich habe auch begründet, warum das so war.

Ich stimme Ihnen völlig zu, daß die Bundesregierung in all den Jahren ganz erhebliche Wirtschaftsleistungen erbracht hat, die für Berlin ganz wichtig waren.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Noch einmal vielen Dank für die Betonung dieses Punktes.

Herr Professor Mahncke, Sie werden am Ende der Vormittagsveranstaltung noch einmal Gelegenheit haben, auf Anmerkungen oder Fragen der Kollegen einzugehen.

Ich möchte jetzt gern Herrn Dr. Stefan Wolle nach vorn bitten. Herr Dr. Wolle ist von der Humboldt-Universität. Wir haben ihn gebeten, heute morgen zu uns zu sprechen, weil er sozusagen von der anderen Seite des Eisernen Vorhangs bzw. der Mauer die Dinge beleuchten kann. Herr Wolle ist Bürger der ehemaligen „Hauptstadt der DDR", wie es so schön hieß.

Er hat neuere Aktenfunde. Wir sind sehr gespannt, was Sie, Herr Wolle, von der anderen Seite der Mauer uns zu dem Thema zu berichten haben.

Dr. Stefan Wolle: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meinen Ausführungen nicht nur auf die andere Seite der Mauer begeben, sondern vor allem von den Höhen der großen Politik hinabsteigen in die Niederungen der Alltagsgeschichte und der Mentalitätsgeschichte. Das ist auch meine ausgewiesene Aufgabe für meinen Vortrag in diesem Kreis.

Regelrechte Forschungen zu dem Thema gibt es vorläufig nur sehr punktuell, beispielsweise über die Zeit im Vorfeld des 13. August 1961. Zu dieser Thematik ist eine Menge in dem Buch nachzulesen, das ich zusammen mit Armin Mitter geschrieben habe: „Untergang auf Raten". In dem Buch wird die Krise von 1961 nicht als eine Berliner Angelegenheit begriffen, sondern als eine gesamtgesellschaftliche Krise der DDR und vor allem als eine Krise von unten, vom Bewußtsein der Menschen her.

Zur Gesamtthematik gibt es, wie gesagt, noch keine übergreifende Forschung. Ich möchte mich deswegen auf einige sehr unakademische und unwissenschaftliche Bemerkungen beschränken.

In den 50er Jahren sangen die Schöneberger Sängerknaben:

„Pack die Badehose ein.
Nimm dein kleines Schwesterlin.
Und dann geht es raus zum Wannsee."

Das Lied wurde zum systemübergreifenden Ohrwurm und offenbar auch im Osten so populär, daß man meinte, nicht darauf verzichten zu können.

Allerdings wurde „Wannsee" durch „Strandbad" ersetzt. Für alle Nichtberliner